

## **Schavan: Grundsätze für Deutschland**

Die Nachrichten der vergangenen Wochen zeigen, es bewegt sich was: Elf Prozent mehr Steuereinnahmen im ersten Quartal 2006 - das gab es seit zehn Jahren nicht -, eine höhere Prognose für das wirtschaftliche Wachstum, sinkende Arbeitslosenzahlen und immer mehr Unternehmen, die weitere Mitarbeiter einstellen wollen. Das sind gute Nachrichten, die allesamt auch wichtige Voraussetzungen für die so notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sind. Unübersehbar ist allerdings auch, dass beschlossene und geplante Reformen skeptisch gesehen werden oder schlicht auf Ablehnung stoßen. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, im Rahmen der Debatte über ein neues Grundsatzprogramm der CDU, über Grundsätze für Deutschland zu sprechen, die das Fundament unserer politischen Arbeit beschreiben und einen Zusammenhang herstellen zwischen den vielen Einzelthemen.

Grundsätze müssen Wahrheiten aussprechen, auch wenn sie anstößig sind. Sie müssen Überzeugungen und unser Verständnis von politischer Verantwortung erkennen lassen. Sie sind der Kompass für unseren politischen Alltag. Sie müssen zeigen, dass wir die Zeichen der Zeit erkennen und die Weichen auf "Zukunft" stellen. Sie dienen schließlich der Identität der eigenen politischen Tradition und beschreiben, worum es uns geht und wohin wir wollen. Erst wenn wir das sagen und vermitteln können, kann auch Vertrauen wachsen in unsere politische Gestaltungskraft.

### **Solche Grundsätze der CDU für Deutschland sind:**

- 1. Bürgersinn stiftet sozialen Zusammenhalt.** Wir vertrauen den Bürgerinnen und Bürgern. Ihren Einsatz für das Gemeinwesen können wir durch keine noch so perfekte Institution ersetzen. Ihre Leistungen sind Fundament einer solidarischen Leistungsgesellschaft.
- 2. Staatliche Leistungen ersetzen nicht persönliche Leistungen.** Wir müssen staatliches Handeln so weiterentwickeln, dass die Bürgerinnen und Bürger die Verlässlichkeit und faire Partnerschaft des Staates spüren. Der Staat tritt da ein, wo eigene Kräfte überfordert sind, er fördert individuelle Verantwortung und darf niemanden allein lassen, der sich nicht aus eigener Kraft helfen kann. Verlässlichkeit und faire Partnerschaft müssen gegenüber jedem gelten, der etwas leisten will, und gegenüber jenen, die an ihre Leistungsgrenzen stoßen.
- 3. Die Spirale muss gestoppt werden, die alles Wünschbare in einen staatlichen Rechtsanspruch verwandelt und die staatlichen Leistungen nicht mehr verlässlich sein lässt, weil der Staat sich selbst überfordert.** Wir brauchen eine neue Balance zwischen Bürgern und Staat. Steuern und Abgaben dienen jenen Leistungen, die die Solidarität der Gemeinschaft gegenüber dem Einzelnen ermöglichen.
- 4. Staatliche Regeln müssen Kräfte freisetzen, wirtschaftliche Entwicklung befördern, neue Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen und den Einsatz für die Gemeinschaft stärken.** Nur Freiheit stärkt Verantwortung. Wir achten die Freiheit des Einzelnen und der kleinen Einheit höher als ein immer engermaschiges staatliches Regelwerk. Subsidiarität, die Vorfahrt der kleinen Einheit vor der großen Einheit, ist deshalb das Baugesetz einer freiheitlichen Gesellschaft.
- 5. Die Leistungen der Familien als Grundmodell für den sozialen Zusammenhalt und die Verantwortung der Generationen füreinander müssen stärker anerkannt werden.** Familiengründungen bedeuten mehr Zukunftschancen für unser Land - zumal angesichts der demografischen Lage in Deutschland. Familien dürfen nicht zu Verlierern werden; Eltern dürfen nicht weniger Chancen auf Teilhabe am wirtschaftlichen Wohlstand haben.

**6.** Bildung ist der Schlüssel für individuelle Lebenschancen. Wir arbeiten an der Zukunftsfähigkeit eines Bildungssystems, das jedem Bürger und jeder Bürgerin die Chance zur Teilhabe ermöglicht: Teilhabe am wirtschaftlichen Wohlstand, kulturelle und soziale Teilhabe. Niemand darf zum Modernisierungsverlierer werden, und keiner soll seine Talente verstecken müssen. Das ist die Grundlage für Chancengerechtigkeit. Wir brauchen in Deutschland eine Stärkung des Leistungsprinzips und ein an internationalen Maßstäben orientiertes Bildungssystem.

**7.** Deutschland muss zu einer Talentschmiede werden. Junge Leistungsträger - Männer und Frauen im Handwerk, in der Phase der Existenzgründung, in der Führung von Unternehmen, in Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur - müssen hier die Chance sehen, ihre Talente zu entfalten, Ideen zu entwickeln und diese in die Tat umzusetzen.

**8.** Bessere Bedingungen für den Technologietransfer hin zu neuen Produkten und Dienstleistungen sind Voraussetzungen für neue hochwertige Arbeitsplätze und damit neue Chancen für künftige Generationen. Wir müssen wieder eine internationale Spitzenposition in Forschung und Entwicklung erreichen.

**9.** Nur durch die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte kann dem fortgesetzten Verbrauch der Ressourcen künftiger Generationen Einhalt geboten werden. Diese nachhaltige Politik nimmt die Generationengerechtigkeit ernst.

**10.** Die Idee der Solidargemeinschaft muss auch in Zukunft tragfähig bleiben für die großen Lebensrisiken des Alltags, der Krankheit und des Alters. Reformen dienen dem Ziel, Solidarität zu stärken, die Teilhabe am medizinischen Fortschritt für alle und ein Alter in Würde für jeden zu gewährleisten.

**11.** Politik setzt ein Wertefundament voraus, das dem Geist des Grundgesetzes und den kulturellen Traditionen unseres Landes gerecht wird. Dazu gehört ein Verständnis von Rechtsstaatlichkeit, das niemanden aus seinen Pflichten entlässt und so jeden zu seinem Recht kommen lässt. Verpflichtend sind der Erhalt der natürlichen Ressourcen und der verantwortungsbewusste Umgang mit der Schöpfung.

**12.** Deutschland soll ein verlässlicher internationaler Partner im Kampf gegen die Bedrohungen des Terrorismus sein und aktiv zur weltweiten Entwicklung beitragen. Wir sind davon überzeugt, dass Gerechtigkeit, der Respekt der Kulturen voreinander und die Ächtung der Gewalt als Mittel der Politik die Voraussetzungen für einen weltweiten Frieden sind.

Politik braucht Vertrauen. Vertrauen ist keine Einbahnstraße. Unser Vertrauen als Christdemokraten in die Ideen und Talente der Bürgerinnen und Bürger, in ihre Bereitschaft zu Verantwortung und in ihre Leistungskraft ist ein wichtiger Impuls dafür, dass Vertrauen in die Politik wächst. Denn christliches Menschenbild meint auch das: Vertrauen in die Freiheit und in die Kräfte der Bürgerinnen und Bürger.

Der Namensartikel der stellvertretenden CDU-Vorsitzenden, Bundesforschungsministerin Annette Schavan, ist erschienen in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 19.08.2006. Seite: 8